

Fragen

für die Fragestunde der 59. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 12. Oktober 2022

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Akbulut, Gökay (DIE LINKE.)	30	Kraft, Rainer, Dr. (AfD)	41, 42
Bayram, Canan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	16, 33	Lenz, Andreas, Dr. (CDU/CSU)	52, 53
Brandner, Stephan (AfD)	5, 6	Meister, Michael, Dr. (CDU/CSU)	3, 4
Bünger, Clara (DIE LINKE.)	21, 22	Oßner, Florian (CDU/CSU)	12, 13
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	28, 29	Peterka, Tobias Matthias (AfD)	1, 17
Görke, Christian (DIE LINKE.)	15, 51	Pilsinger, Stephan (CDU/CSU)	35, 36
Gräßle, Ingeborg, Dr. (CDU/CSU)	2	Plum, Martin, Dr. (CDU/CSU)	31, 32
Gramling, Fabian (CDU/CSU)	44, 45	Renner, Martina (DIE LINKE.)	23, 24
Haase, Christian (CDU/CSU)	9, 10	Rief, Josef (CDU/CSU)	34
Hahn, André, Dr. (DIE LINKE.)	25, 26	Rohwer, Lars (CDU/CSU)	39, 40
Höchst, Nicole (AfD)	20, 38	Schattner, Bernd (AfD)	49, 50
Kaufmann, Michael, Dr. (AfD)	7, 8	Schmidt, Eugen (AfD)	18, 19
Klößner, Julia (CDU/CSU)	14, 46	Spahn, Jens (CDU/CSU)	47, 48
Körper, Carsten (CDU/CSU)	27	Spaniel, Dirk, Dr. (AfD)	37, 43
		Tillmann, Antje (CDU/CSU)	11

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern und für Heimat ..	6
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts.....	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr ...	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz	13

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

1. Abgeordneter
Tobias Matthias Peterka
(AfD)

Strebt der Bundesminister der Finanzen analog zum Nachfolger des 9-Euro-Tickets für den Bereich des Personennahverkehrs, Maßnahmen zur Entlastung von Autofahrern im Herbst bzw. Winter dieses Jahres an, die darauf gerichtet sind, die aktuell aus meiner Sicht vorhandene Doppelbelastung durch die Umrüstung auf hochpreisige Winterbereifung abzufedern, und wenn ja, welche (vgl. Merkur vom 26. September 2022 – www.merkur.de/verbraucher/teurer-2022-autofahrer-kosten-im-herbst-winterreifen-spritpreise-tankstelle-preise-tanken-kaufen-zr-91806182.html und MITTELDEUTSCHER RUNDFUNK vom 26. September 2022 – www.mdr.de/brisant/neun-euro-ticket-nachfolger-130.html, jeweils zuletzt abgerufen am 27. September 2022)?
2. Abgeordnete
Dr. Ingeborg Gräble
(CDU/CSU)

Warum plant der Bundesfinanzminister, mit dem Bundesfinanzkriminalamt eine neue Behörde zu schaffen (www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Schlaglichter/Geldwaesche-bekaempfen/voller-einsatz-gegen-finanzkriminalitaet.html), statt auf die Strukturen und vor allem die Erfahrungen bei Ermittlungen, insbesondere Finanzaermittlungen, des Zollfahndungsdienstes mit den vorhandenen Behörden, etwa dem Zollkriminalamt, zurückzugreifen, und kann diese Neugründung mit einer Schwächung dieser vorgenannten Behörden einhergehen?
3. Abgeordneter
Dr. Michael Meister
(CDU/CSU)

Welche Kosten entstehen durch eine „Gaspreisbremse“, so wie sie der Bundesfinanzminister Christian Lindner vorschlägt (www.zeit.de/wirtschaft/2022-09/christian-lindner-gasumlage-gaspreisbremse-energiekrise), und wie beabsichtigt die Bundesregierung, diese Kosten zu finanzieren?
4. Abgeordneter
Dr. Michael Meister
(CDU/CSU)

Welche aktuellen Informationen hat die Bundesregierung zum Verfahren über die Standortentscheidung bezüglich der künftigen Anti-Geldwäsche-Behörde der EU (AMLA), und welche europäischen Mitbewerber um den Sitz dieser Behörde hat Frankfurt am Main nach Kenntnis der Bundesregierung?

5. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)
- Wie bewertet der Bundesfinanzminister eine Absenkung der Mehrwertsteuer auf Lebensmittel als mögliche Maßnahme, um die Bürger angesichts der hierzulande hohen Inflation finanziell zu entlasten (www.rnd.de/politik/inflation-christian-lindner-skeptisch-gegenueber-weiteren-entlastungen-ULW4XS4RYXGRJQY74PDL6VFXJU.html)?
6. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)
- Inwiefern ist der Bundesminister der Finanzen der Ansicht, dass das Eurosystem in seiner derzeitigen Verfasstheit ohne eine Transfer- und Fiskalunion kurz- bis mittelfristig Bestand haben kann?
7. Abgeordneter
Dr. Michael Kaufmann
(AfD)
- Plant die Bundesregierung, die „unanständigen“ Gewinne der Impfstoffhersteller (so Zitat Frank-Ulrich Montgomery; www.swr.de/swraktuell/radio/aerztefunktionaer-montgomery-will-gewinn-von-corona-impfstoff-herstellern-abschoepfen-100.html), allen voran BioNTech (www.tagesspiegel.de/wirtschaft/biontech-macht-im-ersten-halbjahr-54-milliarden-euro-gewinn-8544007.html), mit einer Sonderabgabe oder sogenannten Übergewinnsteuer zu belegen, um damit das vorliegende Defizit der gesetzlichen Krankenkassen in Höhe von 17 Mrd. Euro auszugleichen, und zwar nicht nur, weil ihr Erfolg mit COVID-19-Impfstoffen komplett zulasten des Steuerzahlers und Beitragszahlers ging, sondern vor allem deswegen, weil die „EU-Hersteller von COVID-19-Impfstoffen entschädigt, sollten diese gegenüber Patienten für unvorhergesehene Nebenwirkungen ihrer Vakzine haftbar gemacht werden“ (www.apotheke-adhoc.de/nachrichten/detail/coronavirus/covid-19-impfstoffe-keine-haftung-fuer-hersteller/) bzw. weil die meisten Geschädigten, die nicht gegen die Konzerne klagen, auf Kosten der Beitragszahler und damit der Allgemeinheit behandelt werden müssen (die Verträge der EU bzw. der Bundesrepublik Deutschland mit den Impfstoffherstellern sind leider nicht einsehbar)?
8. Abgeordneter
Dr. Michael Kaufmann
(AfD)
- Wie bewertet das Bundesfinanzministerium die Gefahr, dass durch die freiwillige Inflationsausgleichsprämie in Höhe von 3.000 Euro ohnehin notleidende mittelständische Unternehmen eine zusätzliche Schwächung durch die Abwanderung hochqualifizierter Arbeitskräfte erleiden?
9. Abgeordneter
Christian Haase
(CDU/CSU)
- Von welcher Inflationsrate geht die Bundesregierung aktuell für das Jahr 2023 aus, und welche Auswirkungen hat diese aktuelle Schätzung auf das Schuldenmanagement des Bundes im Jahr 2023, insbesondere mit Blick auf das Volumen und den Anteil der inflationsindizierten Bundeswertpapiere?

10. Abgeordneter
Christian Haase
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung eine Präferenz bezüglich der Ziele Rezessionsverhinderung oder Stoppen der Inflation?
11. Abgeordnete
Antje Tillmann
(CDU/CSU)
- Wie würden die vorgesehenen 25 Prozent der Einnahmen aus der OECD-Mindestbesteuerung (OECD: Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) im Rahmen der Tilgung der NGEU-Schulden (NGEU: NextGenerationEU) ersetzt für den Fall, dass eine Einigung bei der Mindestbesteuerung nur bilateral zwischen einzelnen EU-Mitgliedstaaten gelingt, und welche Auswirkungen hätte dies auf den Bundeshaushalt?
12. Abgeordneter
Florian Oßner
(CDU/CSU)
- Ist ein Nachtragshaushalt für das Jahr 2022 erforderlich, um die Mehrkosten, die durch das dritte Entlastungspaket entstanden sind, zu finanzieren?
13. Abgeordneter
Florian Oßner
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung angesichts der Tatsache, dass die Übernahme der Uniper SE die größte staatliche Rettungsaktion der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ist, die Einhaltung der Schuldenbremse für die Jahre 2022 ff. auch weiter garantieren?
14. Abgeordnete
Julia Klöckner
(CDU/CSU)
- Wie wird die Bundesregierung die Reaktivierung und Neuausrichtung des Wirtschaftsstabilisierungsfonds konkret umsetzen (www.bundesregierung.de/resource/blob/992814/2130920/2046cb91023bbd61eca3f3102c987fe8/2022-09-29-finanzliet-abweherschirm-data.pdf, S. 4)?
15. Abgeordneter
Christian Görke
(DIE LINKE.)
- Wie hoch ist der Betrag an Vermögenswerten, der in Deutschland von sanktionierten Personen und Einrichtungen im Zusammenhang mit dem Ukrainekrieg bis dato eingefroren wurde (bitte ab Februar 2022 nach Monaten aufschlüsseln und für Vermögenswerte ohne Marktwert, falls vorliegend, entsprechende Schätzungen berücksichtigen), und wie hoch ist der Betrag an bisher von sanktionierten Personen angezeigten Vermögenswerten, die einer Verfügungsbeschränkung unterliegen (bitte ab Februar 2022 monatsweise aufschlüsseln)?

16. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Weshalb haben bislang maximal ein Drittel der Eigentümerinnen und Eigentümer die Grunderklärung abgegeben, und wie plant die Bundesregierung, die Eigentümerinnen und Eigentümer bei der Einreichung der Grunderklärung jenseits einer möglichen Fristverlängerung zu unterstützen (www.tagesschau.de/wirtschaft/verbraucher/lindner-fristverlaengerung-grundsteuer-101.html)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern und für Heimat

17. Abgeordneter
**Tobias Matthias
Peterka**
(AfD)
- Hat die Bundesregierung seit Beginn der 20. Wahlperiode Maßnahmen eingeleitet, die auf die Erhöhung des Schutzes kritischer Infrastruktur gerichtet sind, wenn ja, welche, und wird im Lichte des aktuellen mutmaßlichen Sabotageaktes auf die Gaspipelines Nord Stream 1 und 2 weiterer Handlungsbedarf gesehen (vgl. Junge Freiheit vom 28. September 2022 – <https://jungefreiheit.de/wirtschaft/2022/sabotage-an-nordstream-pipelines/>, zuletzt abgerufen am 28. September 2022)?
18. Abgeordneter
Eugen Schmidt
(AfD)
- Inwiefern wurden Angehörige der deutschen Minderheit in Russland nach Kenntnis der Bundesregierung ggf. bei Protesten gegen die jüngste Mobilisierung verhaftet, bzw. inwiefern sind Angehörige der deutschen Minderheit in Russland von der jüngsten Mobilisierung betroffen?
19. Abgeordneter
Eugen Schmidt
(AfD)
- Wie viele Angehörige der deutschen Minderheit haben sich nach Kenntnis der Bundesregierung ggf. der jüngsten Mobilisierung in Russland durch den Übertritt in andere Staaten zu entziehen versucht (bitte Zahlen für diese Staaten ggf. aufschlüsseln)?

20. Abgeordnete
Nicole Höchst
(AfD)

In welchem Umfang haben deutsche Sicherheitsbehörden nach Kenntnis der Bundesregierung in den letzten fünf Jahren jeweils Vermögenswerte aus dem Bereich der organisierten Kriminalität (geschätzt jährlich 100 Mrd. Euro) vorläufig gesichert (vgl. Neues Lagebild: „Polizei NRW beschlagnahmt mehr Vermögenswerte im Clannmilieu“, in: DER SPIEGEL (online) vom 5. April 2022, 14.33 Uhr, www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/lagebild-clan-kriminalitaet-polizei-nrw-beschlagnahmt-mehr-vermoegenswerte-a-8fcc99e0-94b8-42a6-9db0-3eb3231c42ba; vgl. Ralf Michel: Mehr Fälle von Geldwäsche, in: Weser-Kurier vom 14. September 2022, S. 1; vgl. Felix Huesmann: Nehmt ihnen das Geld, in: Kieler Nachrichten, S. 2)?

21. Abgeordnete
Clara Bünger
(DIE LINKE.)

Wird die Bundesministerin des Innern und für Heimat Nancy Faeser die Ankündigung und Initiative des niedersächsischen Innenministers Boris Pistorius (vgl. Pressemitteilung vom 6. Oktober 2022) für einen allgemeinen Abschiebestopp in Bezug auf die aktuelle Situation im Iran unterstützen bzw. gegebenenfalls auch ihr Einvernehmen für eine darüber hinausgehende Regelung nach § 23 Absatz 1 des Aufenthaltsgesetzes erklären, weil die zugespitzte Gefahrenlage im Iran nach meiner Einschätzung nicht auf sechs Monate begrenzt sein wird (vgl. § 60a Absatz 1 Satz 2 AufenthG), und wird das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) ablehnende Bescheide in Bezug auf das Herkunftsland Iran noch einmal überprüfen und gegebenenfalls korrigieren, soweit entsprechende Klagen anhängig sind, auch um die Verwaltungsgerichte zu entlasten, vor dem Hintergrund, dass bereits vor der aktuellen Verschärfung der Lage im Iran entsprechende Asylbescheide in überdurchschnittlichem Maße von den Verwaltungsgerichten nach einer inhaltlichen Überprüfung als rechtswidrig aufgehoben wurden (im Jahr 2021 zu 39,2 Prozent, errechnet aufgrund der Angaben in der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage zu Frage 20 auf Bundestagsdrucksache 20/2309, bitte begründen)?

22. Abgeordnete
Clara Bünger
(DIE LINKE.)
- Was unternimmt die Bundesregierung bzw. das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) gegebenenfalls, um die überdurchschnittlich lange Asylverfahrensdauer bei Asylsuchenden aus der Russischen Föderation (12,1 Monate im Jahr 2021 statt 6,6 Monate im allgemeinen Durchschnitt, Bundestagsdrucksache 20/940, Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage zu Frage 20) zu verkürzen, vor dem Hintergrund, dass ich von der Rechtsanwältin einer relativ bekannten russischen Oppositionellen erfahren habe, dass diese seit ihrer Anhörung bereits viele Monate auf eine Entscheidung warte, weshalb sie vermute, dass es eine Rückpriorisierung im BAMF geben könnte (bitte ausführen), und wird das BAMF abgelehnte Asylanträge von russischen Staatsangehörigen angesichts der am 21. September 2022 verkündeten Teilmobilmachung von sich aus erneut überprüfen, wenn diese Verfahren noch bei den Gerichten anhängig sind und es sich um Männer im wehrfähigen Alter handelt, vor dem Hintergrund, dass mir der Fall eines abgelehnten Asylsuchenden aus Tschetschenien bekannt ist, dem nach eigener Auskunft im Falle einer Abschiebung die sofortige Einziehung zum Militär drohen würde?
23. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Welche völkisch-nationalen Bundesorganisationen (vgl. www.belltower.news/sturmvogel-dieser-nachwuchs-sieht-sich-als-elite-des-nationalismus-139397/) sind nach Kenntnis der Bundesregierung seit 2021 in Deutschland aktiv (bitte unter Angabe von Sitz, Rechtsform und Mitgliederzahl aufschlüsseln)?
24. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Welche Parteien, Organisationen oder Vereine der extremen Rechten, der Reichsbürger/Selbstverwalter bzw. sogenannten Querdenker haben nach Kenntnis der Bundesregierung Veranstaltungen von völkisch-nationalen Bundesorganisationen seit 2021 gefördert oder unterstützt (bitte nach Ort und Zeitpunkt der Veranstaltung, der jeweiligen Veranstaltung, der jeweiligen Unterstützer und der Art der Unterstützung aufschlüsseln)?

25. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(DIE LINKE.)
- Welche Veränderungen gibt es infolge von aus meiner Sicht zum Teil zweifelhaften Entscheidungen des Bundesinnenministeriums hinsichtlich der Bundesstützpunkte für die Wintersportarten, und welche Folgen haben die erfolgten Aberkennungen des Bundesstützpunkt-Status für die jeweiligen Wintersportarten und -regionen (siehe auch: „Verliert Altenberg jetzt seine Biathleten?“ in Sächsische Zeitung vom 6. Oktober 2022 sowie „Hoffnung ruht auf Nachwuchs-Status - Bundesstützpunkt Winterberg-Willingen: Was folgt nach dem Aus?“ in Waldeckische Landeszeitung vom 6. Oktober 2022)?
26. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(DIE LINKE.)
- Wie ist aktuell der Stand der Planungen zu Inhalt und Ablauf des für den 13. Dezember 2022 von der Bundesregierung angekündigten Bewegungsgipfels, und wer ist in die Vorbereitung dieses Gipfels aktiv einbezogen?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

27. Abgeordneter
Carsten Körber
(CDU/CSU)
- Welche Projekte im Bereich der Klimaaußenpolitik hat die Bundesregierung unter Federführung der Staatssekretärin und Sonderbeauftragten für internationale Klimapolitik Jennifer Lee Morgan seit deren Amtsantritt konkret umgesetzt bzw. angedacht?
28. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Bleibt die Bundesregierung bei ihrer Aussage, dass das sogenannte „Versöhnungsabkommen“ mit Namibia ausverhandelt ist, auch wenn über einzelne Modalitäten der Umsetzung noch Gespräche geführt werden können (Bundestagsdrucksache 20/3236, Antwort zu Frage 3), vor dem Hintergrund, dass der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Namibia, Herbert Beck, anlässlich der Ansprache während des Empfangs zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2022, mitgeteilt haben soll, dass diese Gemeinsame Erklärung für die Bundesregierung noch nicht das letzte Wort sei (Allgemeine Zeitung Namibia vom 5. Oktober 2022, S. 1), und wenn sie nicht dabei bleibt, welche Änderungen sind für die Bundesregierung verhandelbar?

29. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)

Inwieweit bestehen nach Kenntnis der Bundesregierung die von der zuständigen UN-Beauftragten Rebeca Grynspan identifizierten Probleme bei der Umsetzung der beiden am 22. Juli 2022 von der Ukraine und Russland mit den Vereinten Nationen und der Türkei abgeschlossenen komplementären Abkommen fort, vor dem Hintergrund, dass zwar die kriegsbedingt blockierte Ausfuhr von ukrainischem Getreide und anderen Agrarmitteln von drei Schwarzmeerhäfen ermöglicht wurde, allerdings entgegen der Vereinbarung die Aufhebung der im Zusammenhang mit den Sanktionen gegen Russland stehenden Einschränkungen russischer Lebensmittel- und Düngemittelexporte stockt (dpa vom 13. September 2022), und welche Auswirkungen (direkt und indirekt) haben nach Kenntnis der Bundesregierung die von ihr mitgetragenen EU-Sanktionen gegen Russland auf russische Lebensmittel- und Düngemittelexporte, vor dem Hintergrund, dass diese durch die abschreckende Wirkung der Sanktionen sowie deren Auswirkungen auf Schiffsverkehr, Bankwesen und Versicherungen de facto massiv eingeschränkt sind (<https://apnews.com/article/russia-ukraine-global-trade-united-nations-73714206bd0c0bd9aab84ca0bb78d070>) und laut UN-Generalsekretär António Guterres der ungehinderte Zugang russischer Lebens- und Düngemittel zu den globalen Märkten von entscheidender Bedeutung wäre, um die Lebensmittelpreise zu senken und eine Verschärfung der Lebensmittelknappheit zu vermeiden (www.n-tv.de/politik/UN-Generalsekretar-Antonio-Guterres-Getreide-Export-nur-Teil-der-Loesung-russischer-Duenger-entscheidend-article23537746.html)?

30. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(DIE LINKE.)

Inwiefern teilt das Auswärtige Amt die Einschätzung von Bundeskanzler Olaf Scholz, dass Saudi-Arabien auf eine friedliche Entwicklung des Jemen setze (vgl. www.tagesschau.de/ausland/asien/scholz-vae-fluessiggas-101.html), im Hinblick darauf, dass die Kriegsparteien im Jemen, von denen eine maßgeblich von Saudi-Arabien unterstützt wird, die seit April bestehende Waffenruhe nicht verlängert haben (vgl. www.tagesschau.de/ausland/asien/jemen-waffenruhe-119.html), und welche Konsequenzen für weitere Waffenexporte nach Saudi-Arabien beabsichtigt die Bundesregierung hieraus sowie mit Blick auf Berichte zu ziehen, dass die Militäroffensive unter der Führung Saudi-Arabiens intensive Luftangriffe geflogen habe, darunter wahllose Angriffe auf dicht besiedelte Gebiete, die die humanitären Auswirkungen des Krieges verschärft haben sollen (vgl. www.europarl.europa.eu/doceo/document/RC-8-2018-0444_DE.html)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums
der Justiz**

31. Abgeordneter
Dr. Martin Plum
(CDU/CSU)
- Setzt der im Regierungsentwurf eines Gesetzes für einen besseren Schutz hinweisgebender Personen sowie zur Umsetzung der Richtlinie zum Schutz von Personen, die Verstöße gegen das Unionsrecht melden (Bundratsdrucksache 372/22), vorgesehene Schadenersatzanspruch nach § 37 Absatz 1 des Hinweisgeberschutzgesetzes ein Verschulden des Verursachers voraus, und umfasst der danach zu ersetzende Schaden nur den materiellen oder auch den immateriellen Schaden der hinweisgebenden Person bei einem Verstoß gegen das Verbot von Repressalien?
32. Abgeordneter
Dr. Martin Plum
(CDU/CSU)
- Auf welcher Datenbasis kommt die Bundesregierung bei der Beurteilung des Erfüllungsaufwands für das Gesetz für einen besseren Schutz hinweisgebender Personen sowie zur Umsetzung der Richtlinie zum Schutz von Personen, die Verstöße gegen das Unionsrecht melden (Bundratsdrucksache 372/22), zu der Einschätzung, dass „sich im Schnitt vier Beschäftigungsgeber“ mit 50 bis 249 Beschäftigten zusammenschließen, um eine gemeinsame Meldestelle zu betreiben?
33. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welchem Umfang plant die Bundesregierung, den Pakt für den Rechtsstaat zu verstetigen und in diesem Zuge auch den im Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vorgesehenen Digitalpakt für die Justiz (S. 105) auf den Weg zu bringen (https://rp-online.de.nrw/panorama/nrw-justizminister-fordert-mehr-geld-fuer-digitalisierung_aid-77081109)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Ernährung und Landwirtschaft**

34. Abgeordneter
Josef Rief
(CDU/CSU)
- Wie hoch ist die Investitionssumme aus dem Vorhaben der Bundesregierung zum Umbau der Tierhaltung, die für jeden der ca. 13 Millionen Schweinemastplätze in Deutschland zur Verfügung steht, und ist die Bundesregierung der Auffassung, dass das ausreicht?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Gesundheit**

35. Abgeordneter
Stephan Pilsinger
(CDU/CSU)
- Mit welchen Kosten war die Versendung des vom Bundesministerium für Gesundheit (BMG) in Auftrag gegebenen Informationsschreibens zur zweiten Corona-Auffrischimpfung verbunden, die alle gesetzlichen Krankenkassen nach mir vorliegenden Informationen auf eigene Kosten an alle ihre Versicherten verschicken mussten, die am 31. Oktober 2022 das 60. Lebensjahr vollendet haben und am Stichtag 1. August 2022 bei der jeweiligen Krankenkasse versichert waren, und aus welchen formellen, datenschutzrechtlichen oder juristischen Gründen lässt das BMG die digitale Versendung nicht zu, soweit entsprechende E-Mail-Adressen der Versicherten vorliegen?
36. Abgeordneter
Stephan Pilsinger
(CDU/CSU)
- Warum müssen die Krankenkassen für die Kosten des als „persönlich“ deklarierten Briefs des Bundesministers für Gesundheit an alle gesetzlich Krankenversicherten, den alle gesetzlichen Krankenkassen auf eigene Kosten an alle ihre Versicherten verschicken mussten, die am 31. Oktober 2022 das 60. Lebensjahr vollendet haben und am Stichtag 1. August 2022 bei der jeweiligen Krankenkasse versichert waren, aufkommen und nicht das BMG, und sieht das BMG die Kosten und den administrativen Aufwand für diese Brief-Aktion noch in einem adäquaten Verhältnis zu dem erwünschten Ziel, dass sich alle über 60-jährigen gesetzlich Krankenversicherten eine zweite Auffrischimpfung verabreichen lassen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Digitales und Verkehr**

37. Abgeordneter
Dr. Dirk Spaniel
(AfD)
- Welche Speicherkapazitäten sind für den zusätzlichen Bedarf an Strom durch E-Autos vorhanden bzw. vorgesehen, und sieht die Bundesregierung die Förderung von E-Fahrzeugen unter der drohenden Knappheit an Strom als sinnvoll an?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Bildung und Forschung**

38. Abgeordnete
Nicole Höchst
(AfD)
- Inwieweit hat die Bundesregierung im Rahmen des Haushaltes 2022 „Soziale Innovationen“ (vgl. Bundesbericht Forschung und Innovation 2022, Bundestagsdrucksache 20/2400, S. 166 ff.) gefördert, und inwieweit gedenkt sie, dies im Rahmen des Haushaltes 2023 weiterzuführen (bitte genaue Aufstellung der 28 am höchsten geförderten Projekte, vergebenen Preise u. Ä.)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Wirtschaft und Klimaschutz**

39. Abgeordneter
Lars Rohwer
(CDU/CSU)
- Wurden die staatlichen Hilfen von 9,8 Mrd. Euro an die ehemalige deutsche Gazprom-Tochter Germania nach Kenntnis der Bundesregierung ausschließlich zur Ablösung bestehender Bankdarlehen durch die KfW wegen eingetretener Kündigungsrechte, Sicherheitenbestellung (sogenanntes Margining) sowie Ablösung von Cashpool-Verbindlichkeiten aus einem Gemeinschaftsunternehmen und notwendige Ersatzbeschaffungen für weggefallene Liefermengen von Gas infolge der russischen Sanktionen ausgekehrt, oder gab es weitere Verwendungen?
40. Abgeordneter
Lars Rohwer
(CDU/CSU)
- Welche rechtlichen Gründe gab es, die PCK Raffinerie GmbH in Schwedt unter die Treuhandverwaltung der Bundesnetzagentur zu stellen, und welche Perspektive sieht die Bundesregierung für die Zukunft des Standorts Schwedt?
41. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Hat die Bundesregierung die Rechtsfrage geprüft, ob das Abschalten von Netzlast zur Laststeuerung im Stromnetz, ein sogenannter Lastabwurf, versicherungsrechtlich als Fall von höherer Gewalt einzustufen ist und ob die Netzbetreiber im Falle eines Lastabwurfs haftbar wären, und wenn ja, mit welchem Ergebnis (https://efahrer.chip.de/news/schaeden-durch-blackout-und-gas-stopp-was-zahlt-die-versicherung_108503)?

42. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung die Summe an Konventionalstrafen für russische Firmen gegenüber deutschen Vertragspartnern, insbesondere der Firma Gazprom gegenüber der Uniper SE (www.deraktionaer.de/artikel/mobilitaet-oel-energie/geschundener-gas-importeur-uniper-will-sich-milliarden-von-gazprom-zurueckholen-klage-angedacht-20317271.html)?
43. Abgeordneter
Dr. Dirk Spaniel
(AfD)
- Von welchem Strommehrbedarf geht die Bundesregierung durch Elektrofahrzeuge aus, und wie soll dieser Mehrbedarf abgedeckt werden?
44. Abgeordneter
Fabian Gramling
(CDU/CSU)
- Was sind die konkreten Inhalte der Vereinbarung der Bundesregierung mit Frankreich, dass Deutschland „das erste Mal Gas liefern wird“ (vgl. Rede des Bundeskanzlers zum Einzelplan 04 in der 50. Sitzung des Deutschen Bundestages am 7. September 2022), und wie ist nach Kenntnis der Bundesregierung der Stand der Umsetzung dieser Vereinbarung?
45. Abgeordneter
Fabian Gramling
(CDU/CSU)
- Ist der Klimaschutz für die Bundesregierung bei den Maßnahmen zur Versorgungssicherheit wichtig, und wenn ja, wie gewichtet die Bundesregierung den Klimaschutz bei ihren aktuellen Entscheidungen?
46. Abgeordnete
Julia Klöckner
(CDU/CSU)
- Wie ist die Verstaatlichung der Uniper SE bei gleichzeitiger Beteiligung des Staates an der 50Hertz Transmission GmbH nach Auffassung der Bundesregierung mit den Vorgaben des Energiebinnenmarktrechts (Entflechtung) vereinbar (www.kfw.de/%C3%9Cber-die-KfW/Newsroom/Aktuelles/News-Details_481216.html)?
47. Abgeordneter
Jens Spahn
(CDU/CSU)
- Inwiefern leistet nach Erkenntnissen der Bundesregierung und aus dem jüngsten Stresstest der Übertragungsnetzbetreiber speziell das Kernkraftwerk Lingen einen Beitrag zur Netzstabilität (durch sogenannte Blindleistung), sodass insbesondere in höherem Umfang Windenergie nach Mittel- und Süddeutschland transport werden kann, und droht daher bei der Abschaltung des Kernkraftwerks Lingen die Abriegelung von Windenergie-Anlagen im Norden bzw., falls nicht, wie soll die auch zum Transport von Strom nach Mittel- und Süddeutschland erforderliche Netzstabilität gewährleistet werden, wenn das Kernkraftwerk Lingen nicht weiterbetrieben wird?

48. Abgeordneter
Jens Spahn
(CDU/CSU)
- Welche Kosten sind bei Bundesregierung und nach Kenntnis der Bundesregierung bei Energieversorgern, Gasimporteuren durch die Einführung der Gasbeschaffungsumlage bis zu ihrer Aufhebung entstanden, und was geschieht nach der Ankündigung der Aufhebung der Umlage vom 29. September 2022 nunmehr mit den, auf der Basis der am 9. August 2022 in Kraft getretenen Gaspreisanpassungsverordnung, per Brief gegenüber den Verbrauchern angekündigten, teils per Rechnung bereits erhobenen Beträgen?
49. Abgeordneter
Bernd Schattner
(AfD)
- Hat die Bundesregierung Kenntnis davon, wann die Bund-Länder-Ausschüsse „Handwerksrecht“ beim Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) in den letzten Monaten seit dem 26. September 2021, also in der 20. Wahlperiode, stattfanden (vgl. Antwort zu den Fragen 2 und 3 auf Bundestagsdrucksache 20/3662)?
50. Abgeordneter
Bernd Schattner
(AfD)
- Hat die Bundesregierung Kenntnis davon, wann die Treffen der Handwerkswirtschaft und Gewerbeförderung im Handwerk beim BMWK in den letzten Monaten seit dem 26. September 2021, also in der 20. Wahlperiode, stattfanden (vgl. Antwort der Bundesregierung zu den Fragen 2 und 3 der Kleinen Anfrage der Fraktion der AfD auf Bundestagsdrucksache 20/3662)?
51. Abgeordneter
Christian Görke
(DIE LINKE.)
- Plant die Bundesregierung, die Erlösobergrenze für Stromproduzenten auch rückwirkend in Anwendung zu bringen und damit Zufallsgewinne, die seit dem Kriegsbeginn in der Ukraine entstanden sind, abzuschöpfen, und wenn ja, wie weit soll die Rückwirkung greifen?
52. Abgeordneter
Dr. Andreas Lenz
(CDU/CSU)
- Mit welchen Anreizen will die Bundesregierung vor dem Hintergrund des in Nordrhein-Westfalen (NRW) bis 2030 beschlossenen Kohleausstiegs den Bau neuer Gaskraftwerke mit einer Leistung von 3.000 MW in NRW unterstützen?
53. Abgeordneter
Dr. Andreas Lenz
(CDU/CSU)
- Welcher Anteil bzw. welche Summe des sogenannten Abwehrschirms im Umfang von 200 Mrd. Euro ist für gaspreisbegrenzende Maßnahmen vorgesehen, und wie sollen diese aussehen?

